



Mediendokumentation

klar.sozial

Parteitag vom 16./17. September in Sursee

Ja zu gerechten Kinderzulagen/Oui à des allocations familiales justes

Rede von Liliane Maury Pasquier, conseillère nationale und Jaqueline Fehr, Nationalrätin

Es gilt das gesprochene Wort!

**SPERRFRIST:
Sonntag, 17. September 2006, 10.00 Uhr**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Stellen wir uns vor: Eine Familie wohnt im Kanton Solothurn. Die Mutter arbeitet im Kanton Basel-Land, der Vater im Kanton Bern. Welche Kinderzulagenregelung gilt jetzt? Solothurn mit 190 Franken, Bern mit 160 Franken oder Basel-Land mit 200 Franken? Der heutige Zulagenwildwuchs ist riesig. Niemand hat den Überblick. Ganze zehn Seiten braucht das Bundesamt für Sozialversicherungen heute, um die Arten und Ansätze der Familienzulagen zusammenzufassen. Und das in einem Land mit gerade mal 1,7 Millionen Kindern.

Doch damit nicht genug. Der heutige Wildwuchs treibt noch andere Blüten. Wohnt eine allein erziehende Mutter heute im Kanton Schwyz, erhält sie 200 Franken Kinderzulagen, auch dann, wenn sie nicht erwerbstätig ist. Nimmt sie nun aber, um wieder auf eigenen Füßen zu stehen, eine 50 Prozent Stelle auf der anderen Seite der Kantonsgrenze, im Kanton Zürich, an, bekommt sie nur eine halbe Zulage nach Zürcher Ansätzen, also 85 Franken. Statt 200 Franken nur noch 85 Franken und dies nur, weil sie sich um Arbeit bemüht hat. Hier spricht man wohl zu recht von perversen Effekten. Pervers ist nun aber vor allem, dass SVP und FDP unter der Flagge des Gewerbeverbandes genau dieses absurde System verteidigen wollen und deshalb gegen das neue Kinderzulagengesetz das Referendum ergriffen haben.

Chères et chers camarades,

La loi fédérale sur les allocations familiales, attaquée par ce référendum, prévoit d'offrir à tous les parents ce que les familles de paysans reçoivent depuis de nombreuses d'années : des allocations familiales pour – presque – tous les enfants. Sous forme d'une loi-cadre, elle fixe des montants et des conditions minima que les législations cantonales ont la possibilité d'améliorer ou d'étendre mais en-dessous desquelles il est impossible de descendre et ce dans toute la Suisse.

Parteitag vom 16./17. September 2006 in Sursee

Traktandum 11: Parolenfassung zu den Abstimmungen
vom 26. November 2006

klar.sozial / SP

Ainsi, chaque enfant, de sa naissance à l'âge de 16 ans, donne droit à une allocation pour enfant d'un montant d'au moins Fr. 200,--. S'il est incapable d'exercer une activité lucrative, par exemple en cas de handicap, l'allocation est versée jusqu'à l'âge de 20 ans.

De même, chaque jeune en formation, dès l'âge de 16 ans jusqu'à la fin de sa formation ou jusqu'à ses 25 ans révolus, donne droit à une allocation de formation professionnelle d'au moins Fr. 250,--. Ces montants sont indexés au renchérissement, au même titre que les rentes de l'AVS dès que l'indice suisse des prix à la consommation augmente de 5 points.

Les cantons ont la possibilité de prévoir dans leur législation des montants plus élevés ainsi qu'une allocation de naissance ou une allocation d'adoption.

Les personnes salariées reçoivent des allocations familiales entières, même si elles travaillent à temps partiel, et les personnes sans activité lucrative y ont également droit. C'est la caisse de compensation pour allocations familiales que chaque canton doit mettre sur pied qui finance les allocations des personnes sans activité lucrative.

Enfin, sachez encore que la loi n'exclut pas la possibilité pour les cantons de prévoir un financement mixte, employeurs-salarié-e-s.

Ce projet n'a rien de révolutionnaire mais de nombreux obstacles se sont dressés sur son chemin.

Vor 15 Jahren hat unsere Alt-Nationalrätin Angéline Fankhauser mit einem Vorstoss die Diskussion um bessere Kinderzulagen ausgelöst. Die Kinderzulagen – das dürfen wir hier in der SP dank Angélines Weitsicht mit Stolz sagen - die Kinderzulagen sind unser Baby. Angéline hat damals schon 200 Franken pro Kind gefordert. Teuerungsbereinigt wären es heute gut 250 Franken. Mit der Forderung auf eine solche Anpassung kamen wir allerdings nicht durch. Dafür konnten wir im Gesetz verankern, dass die Zulagen wenigstens künftig der Teuerung angepasst werden müssen.

Weshalb dauerte es so lange, bis die Kinderzulagen-Vorlage die parlamentarischen Mühlen durchlaufen hatte? Nun, nach einer ersten grundsätzlichen Unterstützung durch den Nationalrat wurde ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet. Kurz vor der Behandlung wurde dieser Entwurf aber im Rahmen des Runden Tisches sistiert. Wohl nur dank der Volksinitiative von Travail Suisse ist es uns dann vor vier Jahren gelungen, dieses Geschäft wieder aus dem politischen Eisschrank zu holen. Eine erneute Verzögerung kurz vor den letzten Wahlen durch die CVP hat uns noch einmal zwei Jahre gekostet und das Referendum des Gewerksverbandes schlägt mit weiteren sechs Monaten zu Buche. Doch am 26. November wird es hoffentlich endlich soweit sein.

Bien sûr, on pourrait être tenté de faire la fine bouche devant un projet qui prévoit des montants d'allocations identiques à ceux qui étaient proposés par Angeline Fankhauser il y a déjà 15 ans. Et ce d'autant plus que la loi ne met pas vraiment d'ordre dans la jungle de caisses et ne permet pas, en l'état, d'harmoniser un tant soit peu les différences de charges qui pèsent sur les employeurs, avec des taux de cotisation variant entre 1,3% et 3%. De plus, par de scandaleuses manœuvres tactiques, les partis qui se targuent de défendre les intérêts des personnes indépendantes, ont réussi à les sortir de la loi, privant leurs enfants du bénéfice d'allocations familiales et nous empêchant d'atteindre notre objectif qui était et reste de concrétiser le principe « un enfant=une allocation ».

Mais, malgré tous ses défauts, il nous paraît essentiel de soutenir la loi sur les allocations familiales car elle permet de franchir un premier pas – et l'on dit souvent que c'est le premier pas qui coûte ! – pour une politique familiale digne de ce nom. Elle permet d'élargir le cercle des bénéficiaires, en offrant une allocations complète aux enfants de parents qui travaillent à

Parteitag vom 16./17. September in Sursee

Traktandum 11: Parolenfassung zu den Abstimmungen vom 26. November 2006

klar.sozial / SP

temps partiel ou qui sont en formation. Elle entraîne une hausse des montants des allocations pour enfants dans 17 cantons et des allocations de formation professionnelle dans 20 cantons

Was sagen die Gegnerinnen und Gegner? Und was sind unsere Antworten?

Die Gegner klagen, die Vorlage sei zu teuer. Die Wirtschaft könne die Kosten von 500 Mio. Franken nicht tragen. Was die Gegenseite allerdings verschweigt, ist die Tatsache, dass die Kosten mit der neuen Vorlage wieder etwa so hoch sein werden, wie sie Mitte der 70er Jahre waren. Weil immer weniger Kinder zur Welt kommen und die Lohnsumme insgesamt gestiegen ist, sank die Belastung der Arbeitgeber in den letzten Jahren nämlich massiv. Und es will wohl niemand behaupten, dass unsere Wirtschaft nicht in der Lage sei, jene Lasten zu tragen, die sie bereits vor 30 Jahren zu tragen vermochte.

Wenn wir schon über die Belastung der Arbeitgeber sprechen, geben wir Ihnen hier gerne noch einen Tipp: Lassen Sie mal Transparenz in den Familienausgleichskassen herstellen! Verlangen Sie, dass die Kassen ihre Bücher offen legen! Vielleicht erleben Sie dann grosse Überraschungen und sehen, dass Sie seit Jahren zu viel für die Kinderzulagen eingezahlt haben. Dass die Familienausgleichskassen etwas zu verbergen haben, konnten wir während der Beratungen erahnen. Die bürgerliche Seite wollte mit einem Antrag erzwingen, dass auch die Angestellten mit Lohnbeiträgen an die Finanzierung der Kinderzulagen beizutragen hätten. Wir haben darauf verlangt, dass in diesem Fall die Angestellten paritätisch in der Kassenaufsicht vertreten sein müssten. Daraufhin haben die Bürgerlichen ihren Antrag zurückgezogen. Lieber zahlen sie die Zulagen selber, als dass sie jemanden einen Blick in die Kassen werfen lassen. Deshalb noch einmal: Wenn die Arbeitgeber nicht mehr in der Lage sein sollten, die Lasten zu tragen, die sie schon in den 70er Jahren zu tragen vermochten, sollen sie zuerst mal Ordnung bei den eigenen Kassen schaffen.

Gerne behaupten die Gegnerinnen und Gegner zudem, dass das neue Gesetz zu Kürzungen in jenen Kantonen führen würde, die heute höhere Zulagen kennen, also in den Kantonen Wallis, Zug und Fribourg. Das ist Unsinn. Das neue Gesetz sieht ausdrücklich vor, dass weitergehende Lösungen bestehen bleiben. Und es wird wohl in keinem Kantonsparlament eine Mehrheit geben, die dem Volk beantragt, die Kinderzulagen seien zu kürzen.

Immer wieder weisen die Gegnerinnen und Gegner der Vorlage darauf hin, dass Kinderzulagen nach dem Giesskannensystem funktionierten und deshalb zu wenig gezielt seien. Hier gibt es aus unserer Seite zwei Antworten. Erstens: Kinderzulagen sind Lohnzuschüsse für Haushalte mit Kindern. Sie dienen dazu, die Kaufkraft zwischen diesen Haushalten und solchen ohne Kinder etwas auszugleichen. Da gilt auch für mittlere und hohe Einkommen. Wer 150'000 Franken verdient und zwei Kinder hat, ist gegenüber jenem Paar ohne Kinder mit ebenfalls 150'000 Franken Einkommen wirtschaftlich deutlich schlechter gestellt und hat deshalb ebenfalls Anrecht auf Kinderzulagen. Und zweitens: Kinderzulagen werden von den Arbeitgebern via Lohnprozente finanziert. Je höher das Einkommen, desto höher der Beitrag an die Familienausgleichskasse. Wer also viel verdient, zahlt viel ein. Wenn diese Person die gleiche Zulage erhält wie jene Person, die mit einem kleinen Einkommen wenig einbezahlt, ergibt sich unter dem Strich durchaus eine gewisse Abstufung.

Oft wird auch behauptet, die heutigen Unterschiede liessen sich durch die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten rechtfertigen. Auch das ist Unsinn. Ausgerechnet der Kanton Wallis mit tiefen Lebenshaltungskosten hat nämlich die höchsten Zulagen und der Kanton Bern, eine eher teurer Kanton, hat die tiefsten.

Parteitag vom 16./17. September in Sursee

Traktandum 11: Parolenfassung zu den Abstimmungen vom 26. November 2006

klar.sozial / SP

All diese Argumente sind so schwach, dass sich die Gegnerinnen und Gegner auf die tiefere Ebene runterlassen und versuchen werden, eine Anti-Ausländer-Kampagne zu machen. Sie werden das Bild der Ausländerin mit unzähligen Kindern zeichnen, mit Kopftuch wohlverstanden! Und sie werden behaupten, dass wir gewaltige Summen ins Ausland verschieben, indem wir Kinderzulagen an Kinder ausrichten, die im Ausland leben, deren Eltern aber in der Schweiz arbeiten. Aber auch diese Schiene verläuft bei näherer Betrachtung im Nichts. Erstens werden auch die Kinder der Ausländerinnen dereinst unsere AHV finanzieren und wir werden um sie noch froh sein. Zweitens wissen wir, dass bereits Ausländerinnen der zweiten Generation nicht mehr Kinder haben als Schweizerinnen und drittens werden die Kinderzulagen ins Ausland kaufkraftbereinigt ausbezahlt. Ganz abgesehen davon, dass ja diese Eltern, deren Kinder noch im Ausland sind, gleichwohl hier nicht nur hier Steuern und AHV-Beiträge zahlen, sondern auch wertvolle Arbeit verrichten.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen. Unsere Argumente sind stärker, viel stärker. Aber das heisst auch, dass wir sie unter die Leute bringen müssen. Und deshalb ist ein engagierter Abstimmungskampf entscheidend! Ich danke euch schon jetzt dafür.

Relevant à l'origine de la relation patriarcale qui prévalait entre un 'employeur tout puissant et ses salarié-e-s proches de la misère, les allocations familiales doivent devenir de véritables prestations sociales en faveur des familles. Avec l'assurance maternité, les allocations familiales constituent le socle de la politique familiale dont la Suisse et toute sa population ont besoin.

Aussi modeste soit-il, le projet issu des débats parlementaires mérite notre soutien actif. Chères et chers camarades, les enfants ont besoin de grandir dans des conditions de sécurité matérielle et affective adéquates pour devenir des adultes riches de potentialités et aptes à participer activement à la vie de la société. Les familles ont besoin de moyens suffisants pour pouvoir élever, dans de bonnes conditions, ces enfants qu'elles doivent avoir la liberté de choisir, sans y renoncer pour des questions financières.

Or, actuellement, en Suisse, 250'000 enfants vivent en-dessous du seuil de pauvreté, nombre d'entre eux qui ne bénéficient pas d'une allocation familiale ou seulement d'une allocation réduite. Actuellement, en Suisse, 75% des enfants vivent dans un foyer avec un revenu faible ou moyen et sont particulièrement à risque de voir un événement les faire basculer brutalement dans la pauvreté.

La Suisse se trouve dans le dernier tiers des pays membres de l'OCDE pour ce qui touche aux investissements consacrés à la politique familiale. Or, alors que les allègements fiscaux constituent, de fait, une aide ciblée pour les hauts revenus, ce sont les allocations familiales qui assurent le mieux une répartition équitable des ressources en fonction des besoins.

Nous devons donc soutenir un projet qui représente tout à la fois un progrès pour les familles et un gain pour l'économie, qui est modéré et finançable et qui représente, enfin, un pas en avant et nous vous invitons dès lors à recommander son acceptation au peuple le 26 novembre prochain.